

Bekanntmachung

Die 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung findet am Dienstag, den 21.01.2020 statt.

Beginn: 16:15 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 26.11.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Verfahrensweise des Lehrerreferendariats und Einstellungsverfahren zu offenen Lehrerstellen in Stralsund
- 4.2 Wegweisung/Beschilderung in der Stadt zum Campus
- 4.3 Medienentwicklungsplanung
- 4.4 Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE
Vorlage: AN 0264/2019
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen -keine-
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Maik Hofmann
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Niederschrift
der 04. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 26.11.2019
Beginn: 16:15 Uhr
Ende 17:10 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Maik Hofmann

stellv. Vorsitzende/r

Frau Christa Labouvie

Mitglieder

Herr Jacob Friedrich Bernhardt

Frau Kerstin Brusch

Frau Heike Corinth

Herr Thomas Haack

Herr Steffen Ritschel

Vertreter

Frau Ute Bartel

Frau Susanne Lewing

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Vertretung für Herrn Maximilian Schwarz

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Dr. Sonja Gelinek

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 22.10.2019
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Anpassung von Aufnahmekapazitäten an den Allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Stralsund ab dem Schuljahr 2020/21
Vorlage: B 0063/2019
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Sanierungsstand der Juri-Gagarin-Schule Stralsund
- 4.2** Verfahrensweise des Lehrerreferendariats und Einstellungsverfahren zu offenen Lehrerstellen in Stralsund
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 22.10.2019

Herr Bernhardt bittet unter TOP 4.1 im vorletzten Absatz Satz 3 zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Die Mitglieder erarbeiten innerhalb ihrer Fraktionen Fragen, die in der nächsten Ausschusssitzung zu einem Brief an das Schulamt zusammengefasst werden.“

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 22.10.2019 wird mit der vorstehenden Änderung bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Anpassung von Aufnahmekapazitäten an den Allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Stralsund ab dem Schuljahr 2020/21
Vorlage: B 0063/2019

Frau Dr. Gelinek teilt mit, dass hier eine Neufestsetzung der Schulkapazitäten für die Ferdinand-von-Schill-Schule mit angegliederter Ernst-von-Haselberg-Schule sowie für die Juri-Gagarin-Schule erfolgen soll.

Die Gründe hierfür liegen in der umfangreichen Sanierung der Ferdinand-von-Schill sowie der Ernst-von-Haselberg-Schule. Durch die großen Räume kann dort wieder mit 3 Eingangsklassen gearbeitet werden, statt wie bisher mit 4 Eingangsklassen. Weiter entfallen an dieser Schule die Diagnoseförderklassen. Damit können 2 zusätzliche Fördergruppen in der Ernst-von-Haselberg-Schule angeboten werden.

In der Juri-Gagarin-Schule erfolgt ein Wechsel von 2- auf 3-Zügigkeit bedingt durch gestiegene Bedarfe in Stralsund.

Frau Dr. Gelinek teilt weiter mit, dass sich die Schulkonferenz der Ferdinand-von-Schill-Schule an das Amt für Schule und Sport gewandt hat und sich gegen die Neufestsetzung ausgesprochen hat.

Die in dem Schreiben der Schulkonferenz zitierten Richtlinien haben für die Hansestadt Stralsund als örtlicher Schulträger keine Relevanz, da sich diese nur auf zukünftig gebaute Schulen beziehen. Für den Schulträger gilt die Schulkapazitätsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

In der Ferdinand-von-Schill-Schule gibt es sehr große Unterrichtsräume mit bis zu 70m². Nach der Landesverordnung könnten die Klassenstärken somit auf bis zu 38 Schüler erhöht werden. Mit der Neufestsetzung sind 28 Kinder pro Klasse geplant und es soll von einer 2- auf eine 3-Zügigkeit erhöht werden.

Frau Dr. Gelinek erläutert die Berechnung der festgelegten m² pro Kind. Hier wurden bei der Berechnung nur die Klassenräume berücksichtigt.

Bei einer weiteren Reduzierung der Schüler pro Klassen müsste man davon ausgehen, dass das staatliche Schulamt diese Festsetzung ablehnt.

Sie ist der Meinung, dass hier ein guter Kompromiss gefunden wurde.

Auf die Nachfrage von Frau Bartel zu den Lehrerkapazitäten weist Frau Dr. Gelinek darauf hin, dass dies Angelegenheit der inneren Schulverwaltung ist und somit nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt. Das Problem wird jedoch regelmäßig in Gesprächen mit dem Schulamt thematisiert.

Sie führt weiter aus, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern die Lehrer anhand der Schulentwicklungsplanung zuweist.

Frau Corinth erfragt, ob das Schreiben der Schulkonferenz dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden kann. Frau Dr. Gelinek wird das Schreiben zu Protokoll geben.

Frau Labouvie erfragt, wie die Schüler umverteilt wurden, wenn an der Juri-Gagarin-Grundschule eine Klasse weniger eingeschult wird. Dazu führt Frau Dr. Gelinek aus, dass hier eine große Mitwirkung von Schule und Eltern zu verzeichnen war und alle Kinder entsprechend untergebracht wurden. Sie macht deutlich, dass die Planung langfristig vorgenommen wurde. Proteste zur Verteilung von Schülern gibt es immer wieder an allen Schulen. Weiter teilt sie mit, dass Gespräche mit der Schulleitung geführt wurden, um über die vorgebrachten Probleme abschließend zu beraten. Es gibt keine Alternativen, um hier den Wünschen der Schulkonferenz zu entsprechen.

Herr Haack erfragt, ob es zielführend ist, die Sprachheilklassen aufzulösen und in die Regelklassen mit Zusatzunterricht zu integrieren.

Dazu macht Frau Dr. Gelinek deutlich, dass die Zuständigkeit hierfür bei der inneren Schulverwaltung liegt.

Frau Corinath ergänzt, dass dies Teil der Inklusion ist.

Frau Dr. Gelinek ergänzt, dass seitens der Stadt versucht wird, zusätzliche Räumlichkeiten für die Inklusion vorzuhalten.

Der Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung empfiehlt die Bürgerschaft, die Vorlage B 0063/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Sanierungsstand der Juri-Gagarin-Schule Stralsund

Frau Dr. Gelinek teilt mit, dass es immer wieder Beschwerden gibt, die an das Amt herangetragen werden. Jede Beschwerde wird ernst genommen und geprüft. Es werden viele Vor-Ort-Besichtigungen durchgeführt.

Die derzeitige Unterbringung der Schüler bis zum Abschluss der Sanierung wird als sicher eingeschätzt.

Zu den Sanierungsmaßnahmen führt sie aus, dass die Arbeiten derzeit planmäßig durchgeführt werden.

Derzeit erfolgt der Schadstoffabbruch sowie die Entfernung dieser Stoffe. Erst danach kann der große äußere Abbruch erfolgen.

Die Sporthalle sowie der Zwischenbau sollen bis Ende Dezember/Anfang Januar abgebrochen sein.

Der Abbruch des Anbaus mit der Küche soll bis Ende Januar abgeschlossen sein, so dass im Februar der Baustart gegeben werden kann, wenn die entsprechenden Ausschreibungen erfolgt sind. Die ersten Ausschreibungen laufen bis 17.12.2019.

Frau Dr. Gelinek lobt die gute Zusammenarbeit mit der Stadterneuerungsgesellschaft mbH. Durch Hinweise des Architekturbüros sind Mehrkosten für den Bau der Schule in Höhe von 10-15% zu erwarten, die dann zusätzlich finanziert werden müssen, da es nur eine Festbetragszuweisung gibt. Dies wären ca. 870 T€ Mehrkosten.

Die SES hat nunmehr vorgeschlagen EFRE-Mittel für den Sporthallenbau auf den Bau der Juri-Gagarin-Grundschule und den Bau beim Schulzentrum am Sund umzuschichten. Dazu wurden mit dem Landesförderinstitut und dem Ministerium Gespräche geführt, die einen positiven Tenor hatten.

Für den Bau der Sporthalle sollen dann Mittel aus der Förderung „Soziale Stadt“ vom Bereich Altstadt in den Bereich Knieper West umgeschichtet werden.

Die Fertigstellung bis zum Schuljahresbeginn 2021 sollte somit realisierbar sein.

Frau Lewing erfragt, ob es bei der Sporthalle zu Bauverzögerung kommen wird. Dazu führt Frau Dr. Gelinek aus, dass die Umwidmung und Umschichtung der Mittel zeitgleich durchgeführt worden ist. Eine schriftliche Zusage wird erwartet. Somit sollte es zu keinen Verzögerungen kommen.

Auf Nachfrage von Frau Labouvie merkt Frau Dr. Gelinek an, dass die vorgebrachten Begründungen beim Landesförderinstitut für eine positive Auffassung gesorgt haben. Der schriftliche Bescheid steht jedoch noch aus.

Herr Hofmann lobt die gute Kommunikation der Verwaltung und ist erfreut, dass kein Bauverzug festzustellen ist.

Frau Dr. Gelinek ergänzt, dass eine Fertigstellung zum Termin erfolgen muss, da die Fördermittel abzurufen sind.

zu 4.2 Verfahrensweise des Lehrerreferendariats und Einstellungsverfahren zu offenen Lehrerstellen in Stralsund

Herr Bernhardt bitte darum, das Schreiben an Frau Vierkant per E-Mail an die Ausschussmitglieder zu verteilen.
Dies wird von Herrn Hofmann zugesichert.

Herr Hofmann verliest die Fragestellungen und geht auf die vorliegenden Antworten ein.

Frau Bartel informiert, dass das Prüfungs- und Einstellungsverfahren gesetzlich geregelt ist. Lediglich das Verfahren des Landes M-V zur Einstellung nach Notenranking ist gesetzlich nicht geregelt. Es wäre wünschenswert, wenn auch nach persönlicher Eignung entschieden werden dürfte. Fraglich ist, ob Frau Vierkant Einfluss auf das Verfahren hätte.

Frau Corinth bestätigt das Verfahren und den Unmut darüber. Sie schlägt vor, ein Schreiben an das Land M-V zu richten und Meinungen und Ideen der Stralsunder Bürgerschaft zu übermitteln.

Herr Haack schlägt vor, einen Brief von der Bürgerschaft verabschieden zu lassen.

Frau Bartel stellt fest, dass auch die Gewerkschaft das Thema der Referendare bearbeitet. Sie schlägt vor, auch die Landtagsabgeordneten in dieser Angelegenheit einzubinden. Weiter könnte man schauen, wie das Thema in Greifswald gesehen wird und ggf. gemeinsam die Problematik vorantreiben.

Frau Labouvie schlägt vor, die Forderungen klar zu formulieren.

Herr Haack ist der Meinung, den Schulen feste Handhabungen bei der Einstellung der Referendare und Lehrer zu verschaffen. Referendare an der Schule sollten seiner Meinung nach auch vorwiegend eingestellt werden, da sie dann die Schule und den Ablauf dort schon kennen.

Herr Haack wird mit Frau Corinth und Frau Bartel einen Brief entwerfen, der zur nächsten Ausschusssitzung vorgestellt wird.

Herr Hofmann stellt fest, dass eine Anwesenheit von Frau Vierkant zur nächsten Sitzung nicht notwendig ist.

Das Thema wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Bernhardt bittet um Aufnahme des Themas „Medienentwicklungsplan“ auf die Tagesordnung im Januar.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Hofmann stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gab.

gez. Maik Hofmann
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

Titel: Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 12.12.2019
Einreicher: Kühl, Andrea	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Änderungsantrag zum TOP:9.8

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,
zum Thema:
Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Begründung:

Unsere Weltkulturerbe Partnerstadt verfügt hier über langjährige gute Erfahrungen. Das Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) versteht sich als Interessenvertretung der Wismarer Kinder und Jugendlichen. Alle zwei Jahre finden Wahlen statt. Die Mitglieder verfügen über einen Etat von jährlich 10 000 Euro, um gemeinsam Projekte für Kinder und Jugendliche auf die Beine zu stellen, zu unterstützen und Wismar so attraktiver für die 9- bis 19-Jährigen zu gestalten.

Im Rahmen des Schwedenfestes in Wismar fand in diesem Jahr die Deutsch-Schwedische Kinder- und Jugendkonferenz in Wismar statt. Dort wurde über Kinderrechte und Ungerechtigkeiten, Wünsche und Vorstellungen diskutiert. An drei Tagen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfahren, wie Kinderrechte in Deutschland und in Schweden umgesetzt werden und wie Kinder und Jugendliche beteiligt werden können. Diese Erfahrungen könnten auch Stralsund gilt es mit zu nutzen.

Die Bürgerschaft hat bereits am 27. Oktober 2011 beschlossen, dass es in Wismar ein KiJuPa geben soll.
Das KiJuPa befindet sich derzeit in Ihrer 5. Legislatur Periode

TOP Ö 4.4

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.8

Änderungsantrag zum Antrag AN 0254/2019 - Beteiligung stärken

Einreicher DIE LINKE

Vorlage: AN 0264/2019

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,
zum Thema:
Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Beschluss-Nr.: 2019-VII-05-0166

Datum: 12.12.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.4

Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 12.12.2019

Zu TOP :

Beteiligung stärken

Einreicher DIE LINKE

Vorlage: AN 0264/2019

Frau Corinth begründet den Antrag AN 0254/2019 ausführlich. Sie hebt die Notwendigkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hervor. Dies trägt zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei. Frau Corinth betont, dass der Antrag bewusst auf kein konkretes Format festlegt ist. Diese Entscheidung soll zusammen mit den Kindern und Jugendlichen getroffen werden.

Frau Bartel begründet den Änderungsantrag AN 0262/2019 der Fraktion SPD. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird seit Jahren angestrebt. Frau Bartel stellt fest, dass die Jugendlichen heute viel engagierter und selbstbewusster sind, sich gesellschaftspolitisch einzubringen.

Frau Bartel betont die Wichtigkeit, dass die Bürgerschaft sich der Thematik annimmt. Sie verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Diesem wird die Fraktion SPD zustimmen. Aus diesem Grund zieht Frau Bartel den Antrag AN 0262/2019 zurück.

Zum Antrag der Fraktion CDU/FDP merkt sie an, dass dieser zu offen formuliert ist.

Frau Kühl begründet den Änderungsantrag AN 0264/2019 der Fraktion DIE LINKE. Auf den Erfahrungen der Hansestadt Wismar kann aufgebaut werden.

Frau Ehlert begrüßt das Ansinnen, Kinder und Jugendliche in die politische Arbeit einzubeziehen. Sie bestätigt, dass eine andere Generation herangewachsen ist und neue Wege gegangen werden müssen. Daher wird sich die Fraktion Bürger für Stralsund dem Antrag der Fraktion DIE LINKE anschließen.

Frau Kümpers stimmt zu, dass das Interesse an Politik bei den Jugendlichen gewachsen ist.

Herr Dr. Zabel betont, dass der Antrag AN 0254/2019 bewusst offen formuliert wurde. Er erinnert an die vielfältigen Formate, die gewählt werden könnten. Mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE würde eine Konkretisierung auf ein Kinder- und Jugendparlament erfolgen.

Frau Kühl erklärt, dass die Begrifflichkeit zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nicht festgelegt ist. Es zählt, Kinder und Jugendliche zu motivieren, sich am gesellschaftlichen Leben aktiv zu beteiligen.

Herr Dr. Zabel betont, dass von Seiten der Fraktion CDU/FDP eine Beteiligung gewollt ist. Jedoch nicht die Festlegung auf ein konkretes Format als Zielrichtung. Das Ziel soll nicht von oben vorgegeben werden.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0264/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,

zum Thema:

Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VII-05-0166

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Steffen Behrendt

Stralsund, 19.12.2019